



POLITISCHER BERICHT SLOWAKEI

Februar 2005

ÜBERSICHT

- **Bush und Putin in Bratislava**
- **Neues Parteiengesetz ändert System der Parteienfinanzierung**
- **Lissabon-Strategie für die Slowakei**
- **Slowakische Tageszeitungen zur Visa-Affäre in Deutschland**

Bush und Putin in Bratislava

Das Präsidententreffen zwischen George W. Bush und Wladimir Putin am Donnerstag, den 24. Februar machte die slowakische Hauptstadt Bratislava für einen Tag zum Blickfang der Weltmedien. Rund 1.600 Journalisten waren für das Programm akkreditiert, vorbereitet war man jedoch sogar auf bis zu 2.000. Rund 5.500 Polizisten, assistiert von 400 Soldaten sowie hunderten von Rettungs- und Feuerwehrleuten sorgten für die Sicherheit der beiden mächtigsten Männer der

Welt und ihrer Begleitung. Ein solches Großaufgebot an Sicherheitskräften hatte die Slowakei noch nie zuvor erlebt.

Beide Präsidenten maßen ihrem Aufenthalt auch ausdrücklich die Bedeutung eines bilateralen Besuchs bei. Dies zeigt, nach einhelliger Meinung slowakischer Regierungsvertreter, dass das erst 1993 unabhängig gewordene Land außenpolitisch bereits profiliert wäre.

George Bush war mit seiner Frau Laura schon am Vorabend angereist. Am Morgen traf er, vor dem Gespräch mit Putin, noch Staatspräsident Ivan Gašparovič und Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda. Höhepunkt seines Besuchs, neben dem Treffen mit Putin, war eine knapp halbstündige Rede an die slowakische Bevölkerung auf dem Hviezdoslav-Platz in der Altstadt.

Der russische Präsident Putin wiederum blieb für den bilateralen Teil seiner Reise noch am Tag nach dem Treffen mit Bush in Bratislava. Er traf nicht nur Gašparovič und Dzurinda, sondern auch Parlamentspräsident Pavol Hrušovský. Zu seinem Programm gehörten außerdem eine Kranzniederlegung und ein Veteranentreffen auf dem Stadthügel Slavín. Dort steht ein monumentales Grabmal für die fast 7.000 bei der Befreiung Bratislavas 1945 gefallenen sowjetischen Soldaten.

Laut einer Umfrage der Agentur Focus bewerteten knapp 60 Prozent der Slowaken das Gipfeltreffen der beiden mächtigsten Männer der Welt in der Slowakei im Vorfeld des Ereignisses als gut oder sehr gut für ihr Land. Aus dieser Umfrage geht auch hervor, dass immerhin 94 Prozent der sonst politisch überwiegend desinteressierten Slowaken schon Anfang Februar vom bevorstehenden Gipfeltreffen wussten. Die Kosten der Besuche waren nur vereinzelt Anlass zur Kritik: "300 Millionen für diesen Zirkus." Für kurze Zeit im Mittelpunkt des Interesses der Weltöffentlichkeit zu sein und von den Weltmedien beobachtet zu werden, das hatte für viele Slowaken einen besonderen Reiz. Mit entsprechendem Interesse verfolgten die Medien des Landes die Berichterstattung der Weltpresse über das kleine Land. Und im oft als typisch slowakisch bezeichneten Hang zur Selbstpeinigung suchten sie eifrig nach Belegen für internationale Unkenntnis über ihr Land. Dass George W. Bush im Wahlkampf für seine erste Amtszeit als US-Präsident die Slowakei mit Slowenien verwechselte, wurde in diesen Tagen allorts wiederholt. "Wurde unser Land trotz des Präsidentengipfels noch mit Slowenien verwechselt?", lautete daher eine der Fragen nach dem Treffen. Ja, es wurde. Die große amerikanische Zeitung "USA Today" verlegte Bratislava in einer Karte der Stationen der Europareise Bushs prompt nach Slowenien. Und selbst die offizielle Website des Weißen Hauses brachte ein Bild, auf dem Bush laut Bildtext mit dem slowakischen Präsidenten Ivan Gašparovič zu sehen sein sollte. Tatsächlich abgebildet war Bush aber im Gespräch mit dem tschechischen Präsidenten Václav Klaus. Präsident Bush soll sich dafür persönlich bei den Slowaken entschuldigt haben, zitierten die slowakischen Medien im Nachhinein eine offizielle amerikanische Stellungnahme.

Der slowakische Weg als Vorbild?

"The Slovak Story", der "schwierige Weg des slowakischen Volkes aus der kommunistischen Diktatur zu Freiheit und Demokratie" sei ein Vorbild für andere Völker. So lautet die häufigste, fast schon mythisch verklärte Begründung dafür, dass ausgerechnet die slowakische Hauptstadt als Schauplatz für das Gipfeltreffen des US-Präsidenten George W. Bush mit Wladimir Putin ausgewählt wurde. Von

dieser Signalwirkung sprachen sowohl der amerikanische Präsident als auch der slowakische Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda bei der öffentlichen Rede Bushs. Tausende Slowaken ließen sich selbst durch stürmisches Schneetreiben und rigorose Sicherheitskontrollen nicht davon abhalten, den mächtigsten Mann der Welt persönlich zu erleben. Und der genoss sichtlich die freundliche Atmosphäre, die sich deutlich von den lautstarken Protesten in Belgien und Deutschland abhob. Mit herzlichem Lachen und Beifall quittierten die slowakischen Zuhörer wiederum, dass der US-Präsident sie in gut gemeintem, aber etwas fehlerhaft einstudiertem Slowakisch mit "Dobré deň (Gutes Tag)!" begrüßte. Auffallend war, dass nicht nur Dzurinda, sondern auch Bush betonten, dass die Festigung der Demokratie in der Slowakei erst 1998, also mit Dzurindas Wahlsieg, gelang. Schweigend verfolgte Staatspräsident Ivan Gašparovič, der in den Jahren bis 1998 noch rechte Hand des Ex-Ministerpräsidenten Vladimír Mečiar war, diese Ausführungen. Mečiar's Regime war von den USA wegen seiner investorenfeindlichen und autoritären Züge stets abgelehnt worden. Umso stolzer könnten die Slowaken nun sein, dass sie den Mut und die Kraft zum Wechsel aufgebracht hätten, lobte Bush. Vielen ausländischen Journalisten fiel vermutlich nicht auf, dass Bush als Symbol des antikommunistischen Kampfes der Slowaken nicht die "Samtene Revolution" von 1989 beschwor, sondern einen religiös motivierten Protest im Jahr 1988. In der so genannten "Kerzendemonstration" für Religionsfreiheit hätten die Slowaken "mit Kerzen und Gebeten" auf genau diesem Platz vor dem Theater gegen das kommunistische Regime gekämpft.

Die Slowaken müssen auf den von ihnen am meisten erhofften Freundschaftsbeweis jedoch noch weiter warten. Bush versprach zwar, sich für die Aufhebung der Visapflicht einzusetzen, konkrete Schritte oder gar einen Termin nannte er aber nicht.

Auch wenn Bush im Vergleich zu Putin das weitaus größere öffentliche Interesse genoss, unterlag er seinem russischen Amtskollegen in einer ganz überraschenden Einschätzung: In einer von der Agentur Markant für die Tageszeitung SME durchgeführten Umfrage bezeichneten 43 Prozent der Befragten Putin als Garanten der Demokratie in der Welt und nur knapp 36 Prozent den US-Präsidenten. Am Rande des Präsidentengipfels organisierten die "Slowakische Gesellschaft für Auswärtige Politik" (SFPA), der "German Marshall Fund of the United States" (GMF) und das "Institut für öffentliche Fragen" (IVO) eine ganztägige Konferenz, bei der Vertreter ehemals kommunistischer Staaten und westliche Politiker und NGO-Vertreter über Perspektiven der Demokratieentwicklung diskutierten. Im Mittelpunkt standen dabei gerade jene Staaten, für die der slowakische Weg als Vorbild dienen könnte, wie die Ukraine, Moldawien oder Weißrussland.

Die Slowakei hat sich seit dem Wahlsieg des christdemokratischen Ministerpräsidenten Mikuláš Dzurinda 1998 als besonders treuer Freund der USA erwiesen. So unterstützte Dzurinda entschlossen eine umstrittene Initiative proamerikanischer Regierungschefs zugunsten der amerikanischen Irak-Operation auch gegen Widerstände der Regierungen Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs. Anlässlich des Beitritts der Slowakei zur EU am 1. Mai 2004 betonte die slowakische Regierung ihre Brückenfunktion zum großen Partner Europas auf der anderen Seite des Atlantiks. Die Slowakei ist zwar erst seit dem 29. März 2004 offiziell Nato-Mitglied. Sie hatte sich aber schon vor diesem Datum

stets bereitwillig an die Seite der Allianz gestellt und ihre Verkehrswege und ihren Luftraum für die Nato- und US-Interventionen in Jugoslawien und dem Irak geöffnet.

Slowakei auf die Landkarte setzen!

Für die Slowakei und vor allem die Stadt Bratislava war das Treffen Bush-Putin eine einmalige Chance, auf sich aufmerksam zu machen. Oberbürgermeister (Primator) Andrej Ďurkovský zeigte sich optimistisch, dass seine Stadt bei den mehr als eineinhalb tausend anwesenden Journalisten aus aller Welt einen guten Eindruck als "kleine große Stadt" hinterlassen konnte. Eine Stadt, in die es sich zu fahren lohne. Die Journalisten waren für die Stadt letztlich wichtiger als Bush und Putin selbst: Wenn sie sich gerne an Bratislava erinnern, werden sie die Stadt auch als Tourismusziel weiterempfehlen, hofft Ďurkovský. Ihm ging es darum, "Bratislava als Marke" international bekannt zu machen. Außerdem sei sowieso eine Tourismus-Initiative geplant gewesen. "Das war aber als langfristiges Projekt für mehrere Jahre gedacht. Wenn wir es jetzt geschickt anstellen, können wir in zwei Tagen das schaffen, was wir für zwei Jahre geplant hatten", meinte Ďurkovský schon im Vorhinein voller Zuversicht. Wie weit das tatsächlich gelungen wäre, könnte man natürlich nicht sofort sehen, er wäre aber optimistisch, erklärte sein Sprecher Milan Vajda auf Rückfrage nach den Gipfel-Tagen.

Anders als manche Schauplätze früherer Gipfeltreffen schickte Bratislava die Einheimischen nicht aus der Stadt, sondern band diese aktiv ein, um die slowakische Hauptstadt als offene und freundliche Stadt zu präsentieren. Milan Vajda, der Pressesprecher der Stadt, nannte als Beispiele auch scheinbare Nebensächlichkeiten: Alle lokalen Taxifirmen wären aufgefordert worden, die Preise korrekt und transparent zu berechnen. Die anwesenden Journalisten sollten sich abgesehen vom eigentlichen Summit gerne an ihren Aufenthalt in Bratislava erinnern und ihn ab und zu erwähnen. Allein die Tatsache, dass TV-Stationen in aller Welt vom Gipfel mit der Silhouette der Burg von Bratislava im Hintergrund berichteten, war nach Überzeugung von Vajda und Ďurkovský von unschätzbarem Wert für den Bekanntheitsgrad der Stadt.

Neues Parteiengesetz ändert System der Parteienfinanzierung

Am 4. Februar wurde vom Parlament ein neues "Gesetz über politische Parteien und Bewegungen" verabschiedet. Es tritt am 1. Juni 2005 in Kraft. Ab dann werden für die Gründung und Registrierung einer Partei nicht mehr 1.000, sondern 10.000 Unterschriften von Wahlberechtigten benötigt.

Mehr Aufmerksamkeit als diese gravierende Änderung erhielten in der medialen Öffentlichkeit dagegen Änderungen der Parteienfinanzierung. Während die Regierung von weit reichender Aufkommensneutralität sprach, kritisierten die Medien einhellig ein deutliches Ansteigen der staatlichen Ausgaben für Parteien. Die Finanzeinnahmen der Parteien würden steigen, ihre Kontrollierbarkeit bliebe aber schwach, kritisierte auch die "Allianz Fair-Play" in einer viel zitierten Stellungnahme. Zu den wichtigsten Änderungen gehört der Wegfall der bisherigen Obergrenze von 12 Millionen Kronen, die eine Partei maximal für einen Wahlkampf ausgeben durfte. Diese Obergrenze war aber schon bisher von den meisten

Parteien umgangen worden. (Z. B. wurden großflächige Plakate schon lange vor Beginn der offiziellen Wahlkampagne aufgestellt und als nicht zum Wahlkampf gehörende "Information" deklariert.) Die bisher als fixe Geldsummen festgelegten Beträge, die den Parteien für gewonnene Wählerstimmen und Parlamentsmandate zustehen, sind künftig flexibler definiert: als Vielfaches des statistischen Durchschnittslohnes der Bevölkerung. So bringt ein Parlamentsmandat einen jährlichen Zuschuss in der Höhe des 30-fachen Durchschnittslohnes für jedes Jahr der Amtsperiode. Für große Parteien wurde eine Förderbeschränkung eingeführt: der Betrag reduziert sich ab dem 21. Mandat auf das 20-fache des Durchschnittslohnes.

Lissabon-Strategie für die Slowakei

Am 16. Februar beschloss die Regierung einstimmig die von Finanzminister Ivan Mikloš und dem Vizepremier für Europäische Angelegenheiten, Pál Csáky, vorgelegte so genannte Lissabon-Strategie für die Slowakei. Mikloš betonte in diesem Zusammenhang stolz, die Slowakei habe ihre nationale Lissabon-Strategie damit schon früher verabschiedet als viele ältere EU-Mitglieder. Inhaltlich weist die slowakische Strategie aber keine Überraschungen auf, sondern wiederholt die schon zwei Wochen vorher von der EU-Kommission vorgegebenen Willenserklärungen schlagwortartig.

Die Verbesserung der Bedingungen für Unternehmenstätigkeiten ist hingegen in der slowakischen Realität auch ohne Lissabon-Strategie deutlich sichtbar und wird immer wieder international gelobt.

Slowakische Tageszeitungen zur Visa-Affäre in Deutschland

Am 15. bzw. 16. Februar 2005 berichteten die slowakischen Tageszeitungen auf den Seiten der Auslandsnachrichten über die Visa-Affäre des deutschen Außenministers Fischer. Es erschienen allerdings keine Kommentare oder Analysen, die Zeitungen beschränkten sich nur auf Berichte, in denen Presseagenturen und die Auslandspresse zitiert wurden.

Die Tageszeitung SME berichtet über die Äußerungen des Außenministers Joschka Fischers zur Visa-Affäre, die mit massenhafter Visa-Vergabe besonders an osteuropäischen Botschaften in den Jahren 2000 bis 2002 zusammenhänge und zum massenhaften Visa-Missbrauch durch Schwarzarbeiter und Kriminelle geführt habe, sowie der Zwangsprostitution Vorschub geleistet habe. Fischer habe sich seit langer Zeit geweigert, sich zu diesem Thema zu äußern und nun doch sein Schweigen gebrochen. Er wolle aber nicht zurücktreten.

Die Tageszeitung PRAVDA konstatiert, dass Fischer nach langem und unerträglichem Schweigen Reue gezeigt und Fehler eingestanden habe. Aber dies sei der Opposition zu wenig, sie fordere seinen Rücktritt. Die PRAVDA berichtet ferner, dass die Chefin der oppositionellen CDU, Angela Merkel, auch Bundeskanzler Schröder, wegen seines tatenlosen Zusehens und seiner



Unterstützung Fischers, kritisiert habe. Die Folgen des Skandals seien noch nicht absehbar.

In einem kurzen Artikel unter dem Titel „Schröder stellte sich in der Visa-Affäre hinter Minister Fischer“ befasste sich auch die Tageszeitung NARODNA OBRODA mit dem aktuellen Thema in Deutschland. Der Bundeskanzler garantierte, dass in dieser Affäre alles untersucht und behoben werde, schrieb das Blatt.

Die slowakische Regierung und die einzelnen Parteien kommentierten bis jetzt den Vorfall nicht.

Bratislava , den 4. März 2005

Mária Lukáčová
(Wiss. Mitarbeiterin)

Christoph Thanei

Dr. Stefan Gehrold
(Leiter des Verbindungsbüros)